

1 **„Menschen befähigen, Chancen stärken,**
2 **Zusammenhalt gestalten –**
3 **Ideen und Forderungen der SPD Ludwigshafen**
4 **für das SPD-Regierungsprogramm 2016 – 2021“**
5

6 Ludwigshafen ist Heimat für Menschen aus 150 Nationen. Integration ist
7 wesentliches Element für ein friedliches, gegenseitig förderndes und kooperatives
8 Miteinander unserer Stadtgesellschaft.

9 Ludwigshafen ist Arbeiter- und Industriestadt. Nur mit klugen Köpfen und
10 anpackenden Händen bleibt Wirtschaft in Bewegung. Gute Bildung ist uns daher
11 ein Kernanliegen – und zwar nicht nur auf dem geraden Weg, sondern auch über
12 die Seitenstraßen und Umwege. Wir stehen für eine Politik der zweiten und dritten
13 Chance.

14 Die rheinland-pfälzischen Oberzentren sind Impulsgeber, Schrittmacher und
15 oftmals Testfelder gesellschaftlicher Entwicklungen. Um die Sichtweisen der
16 Städte und speziell die Ludwigshafener Perspektive in das SPD-
17 Regierungsprogramm hinreichend einzubringen, fordern wir den Landesvorstand
18 der rheinland-pfälzischen SPD auf, im weiteren Programmprozess folgende
19 Aspekte und Forderungen zu berücksichtigen:
20

21 **Gute Arbeit – berufliche Chancen ermöglichen,**
22 **Bedürfnisse aller Generationen achten und**
23 **Arbeitnehmer stärken**

- 24 • Arbeit ist mehr als Broterwerb und Gewinnmaximierung der Unternehmen.
25 Deshalb muss die Arbeit jedes Einzelnen in unserer Gesellschaft
26 Wertschätzung erfahren.
- 27 • Damit für alle Beschäftigten der Satz „Guter Lohn für gute Arbeit“ Gültigkeit
28 hat, muss bei allen Themen darauf geachtet werden, dass der Mindestlohn
29 nicht unterlaufen werden kann und auch nicht unterlaufen wird. Deshalb
30 müssen auch anerkannte Asylberechtigte und geduldete Ausländer so
31 eingesetzt werden, dass der Mindestlohn dabei bezahlt und nicht umgangen
32 wird.

- 33 • Gemeinnützige Beschäftigung darf nicht dazu führen, dass Arbeitsplätze
34 vernichtet werden.
- 35 • Zwar sind Asylbewerber ohne Status in gemeinnütziger Arbeit einsetzbar.
36 Allerdings sind die im Asylrecht sog. „Arbeitsgelegenheiten“ so definiert,
37 dass dadurch die möglichen Einsatzgebiete für die Kommunen deutlich
38 eingeschränkt werden. Wir fordern deshalb, mögliche Erleichterungen für
39 die Kommunen zu prüfen und sodann entsprechende Initiativen zur
40 Umsetzung dieser Erleichterungen anzugehen.
- 41 • Um den Einstieg und den Zugang in den Arbeitsmarkt zu erleichtern, bedarf
42 es einer weiteren Verbesserung der Berufsvorbereitung im Allgemeinen: Für
43 alle Schüler und Schülerinnen und auch für Asylbewerber und Flüchtlinge.
44 Hierfür wird eine Stärkung der Sprachkursprogramme für Asylbewerber
45 und Flüchtlinge benötigt. Denn nur mit intensiven Sprachkursen kann eine
46 Verbesserung der Integration in den Arbeitsmarkt und damit der Einstieg in
47 den Beruf gelingen. Dazu sollen die Schulen kleinen und mittelständischen
48 Betrieben aus der Region die Möglichkeit bieten, sich in diesem Rahmen
49 aktiv zu präsentieren.
- 50 • Wir begrüßen, dass das Management des Übergangs von der Schule in den
51 Beruf ab 2016 durch den für alle weiteführenden Schulen verbindlichen „Tag
52 der Berufs- und Studienorientierung“ weiter verbessert wird. Dabei ist uns
53 wichtig, dass in diesem Rahmen auch eine Stärkung und Neuausrichtung
54 der Berufsorientierung auf die veränderten Bedingungen am Arbeitsmarkt
55 erfolgt (Stichwort: Digitale Arbeitswelt) und in besonderem Maße
56 Nachwuchskräfte im Bereich des Handwerks geworben und gefördert
57 werden.
- 58 • Wir brauchen ein gezieltes Übergangsmangement von der Schule in
59 Ausbildung und Beruf, das junge Menschen bereits in der Schule abholt,
60 ihnen Möglichkeiten aufzeigt, bei der Orientierung unterstützt und sie bei
61 diesem Prozess begleitet.
- 62 • Dem Prinzip des lebenslangen Lernens wollen wir weiter nachkommen durch
63 eine intensivierete Förderung beruflicher Bildung.
- 64 • Damit gute Arbeit auch an die Bedürfnisse der verschiedenen Generationen
65 angepasst ist, benötigen wir eine Arbeitswelt, die gleichermaßen die
66 Bedürfnisse von Familien und die von älteren Arbeitnehmern und
67 Arbeitnehmerinnen erfüllt.
- 68 • Damit Handwerk, Industrie und Dienstleister auch künftig in der
69 Metropolregion Rhein-Neckar eine gute Infrastruktur vorfinden, die den

70 Verbleib sowie die Neuansiedelung fördert, benötigen wir eine Ertüchtigung
71 bzw. eine sukzessive Verbesserung der gesamten Infrastruktur. Die Zusage
72 des Landes, sich an der Erneuerung der Hochstraße Nord mit 25 Prozent der
73 förderfähigen Kosten zu beteiligen unter der Bedingung, dass der Bund
74 mindestens 60 Prozent der förderfähigen Kosten des rund 300 Millionen
75 Euro teuren Projekts übernimmt, ist ein erster wichtiger Schritt.

76 **Hier bin ich daheim – wohnen, wie ich will**

77 • Ludwigshafen ist in Rheinland-Pfalz die Stadt mit der zweithöchsten
78 Bevölkerungsdichte, der zweithöchsten SGB II-Quote und dem geringsten
79 verfügbaren Einkommen pro Einwohner. Gerade in dieser
80 Gesamtkonstellation ist eine zielgerichtete weitere Stärkung des Sozialen
81 Wohnungsbau unerlässlich. Wir begrüßen das wohnungsbaupolitische
82 Programm der Landesregierung, durch dessen Förderung 4.200 neue,
83 bezahlbare Wohnungen entstehen sollen. Da dies den Bedarf aller
84 Voraussicht nach nicht decken können wird, muss die Förderung von
85 bezahlbarem Wohnraum in den Folgejahren fortgesetzt werden. Hierbei
86 sehen wir auch den Bund in der Verantwortung. Außerdem soll geprüft
87 werden, wie der für den ländlichen Raum konzipierte Wettbewerb „Mehr
88 Mitte bitte“ auf die Erfordernisse von Städten angepasst werden kann,
89 damit beispielsweise leerstehende Gewerbeimmobilien in – möglichst
90 barrierefreien – Wohnraum umgebaut werden können. Auch barrierefreier
91 Wohnraum muss im kostengünstigen Segment ausreichend angeboten
92 werden.

93 • Die Arbeit der Landesberatungsstelle „Neues Wohnen Rheinland-Pfalz“, die
94 Privatpersonen, Initiativen, Kommunen und Unternehmen der Wohnungs-
95 und Sozialwirtschaft zum gesamten Themenkomplex „Neue Wohnformen“
96 berät, ist wichtig und sollte weiter ausgebaut werden. Auch die
97 Fördermöglichkeiten für gemeinschaftliches und generationenübergreifendes
98 Wohnen, Wohn-Pflege-Gemeinschaften, Wohnen in Aktiver Nachbarschaft
99 sowie Wohnen mit Versorgungssicherheit im Quartier sollten beibehalten
100 und das Fördervolumen erhöht werden.

101

102 **Bildung von Anfang an – Basis für** 103 **Chancengerechtigkeit**

104 Rheinland-Pfalz ist Bildungsland. Wir haben hier schon viel erreicht. Doch auch
105 Gutes kann noch besser werden:

106 Alle Schülerinnen und Schüler müssen frühzeitig auf die Anforderungen der Arbeit
107 in der digitalisierten Welt vorbereitet werden. Aufbauend auf dem Projekt
108 „Medienkompetenz macht Schule“ fordern wir daher eine vertiefte Verankerung
109 digitaler Arbeitstechniken sowohl im Lehrplan als auch bei der Lehrerausbildung.
110 Denn auch hier gilt: Kein Kind darf zurückgelassen werden.

111 Um den Anteil derjenigen, die ohne Abschluss die Schule verlassen, zu verringern,
112 sollte die Struktur des Berufsvorbereitungsjahrs auf der Basis der Erkenntnisse
113 des Projekts „Keiner ohne Abschluss“ weiterentwickelt werden.

114 Neue Lernformen sollen gestärkt werden. Dafür bedarf es einer individuellen und
115 inklusiven Förderung. Dies muss entsprechend in der Lehrerausbildung verankert
116 sein.

117 Rheinland-Pfalz ist das Land der zweiten und der dritten Chance. Deshalb wollen
118 wir die Durchlässigkeit der Bildungswege weiter erhöhen. Dies kann aber nur
119 dann gelingen, wenn bei allen Beteiligten – Schülern, Eltern, Lehrern – das
120 Wissen über die vielen Möglichkeiten vorhanden ist, die unser Bildungssystem
121 bereits heute bietet. Dieses Wissen gilt es durch kompetente Beratung und
122 Orientierung zu stärken.

123 Ehrenamtliches Engagement spielt in Rheinland-Pfalz eine große Rolle. Wir haben
124 eine Spitzenplatz bei der Engagementquote und eine besonders hohe
125 Vereinsdichte. Gerade deshalb fordern wir, das Thema „bürgerschaftliches
126 Engagement“ in die Lehrpläne und in die Lehrerausbildung zu integrieren, damit
127 die Bedeutung des Ehrenamts für die Gesellschaft bereits frühzeitig vermittelt
128 wird und Jugendliche für eigenes Engagement begeistert werden können.

129

130 **Zusammenland Rheinland-Pfalz – gut leben in einer** 131 **offenen Gesellschaft**

132 Ludwigshafen ist eine Stadt mit langer Migrations- und Integrationserfahrung. Wir
133 wissen: Einwanderung und Integration müssen Hand in Hand gehen. Dabei dürfen
134 Sorgen und Ängste der Bevölkerung nicht außer acht gelassen werden. Damit dies
135 gelingt, ist eine verstärkte Aufklärungsarbeit an Schulen, in Betrieben und im
136 Ehrenamt erforderlich. Dies ist die beste Abwehr gegen fremdenfeindliche
137 Tendenzen. Deshalb fordern wir, die bereits auf Landesebene initiierten
138 Aktivitäten zum Abbau von Vorurteilen und rechtsextremistischen Bestrebungen
139 weiter voranzutreiben.

140 Herkunft und Heimat dürfen keine Gegensätze sein. Die Menschen, die zu uns
141 kommen, sollen sich mit ihrer neuen Heimat identifizieren können und in der
142 Gesellschaft soll sich eine selbstverständliche Akzeptanz für Bürgerinnen und
143 Bürger mit Migrationshintergrund entwickeln können. Deshalb ist die frühzeitige
144 Vermittlung kultureller Informationen, der Werte und Regeln des Grundgesetzes
145 und die Einbindung der Menschen in Vereine von hoher Bedeutung. Es ist gut,
146 dass es eine landesweite Koordinierungsstelle für das Ehrenamt im Bereich der
147 Flüchtlingshilfe gibt. Dies gilt es, angesichts der anstehenden
148 Integrationsaufgaben zu verstetigen und auszubauen. Ehrenamt braucht
149 Unterstützung: Deshalb setzen wir uns ein für eine gute Betreuung von
150 Ehrenamtlichen und eine flächendeckende Unterstützung durch Verwaltung und
151 die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege, insbesondere bei
152 organisatorischen Fragen.

153 Generell gilt: Alle gesetzlichen Regelungen, die einer zügigen, effizienten und
154 erfolgreichen Aufnahme und Integration neuer Mitbürgerinnen und Mitbürger
155 entgegenstehen könnten, sollten auf ihre Flexibilisierbarkeit hin überprüft werden.
156 Dies gilt auch für die Frage, wie mit minderjährigen Flüchtlingen umzugehen ist,
157 die zwar ohne ihre Eltern nach Deutschland gekommen sind, aber von
158 Verwandten zweiten oder dritten Grades begleitet werden.

159 Ludwigshafen hat landesweit den höchsten Anteil an Schülern und Schülerinnen
160 mit Migrationshintergrund. Herkunft darf jedoch kein Schicksal sein – erst recht
161 nicht bei der Bildung. Daher muss es eine dauerhafte und verlässliche
162 Finanzierung von Sprachkursen geben. Um die Anzahl der Lehrer für Deutsch als
163 Fremdsprache zu erhöhen, sollen Quereinsteiger weiter und intensiver gefördert
164 werden. Bei der Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte sollte auch der Umgang
165 mit traumatisierten Kindern und Jugendlichen angesprochen werden. So können
166 sowohl Lehrern als auch Schülern überfordernde Situationen erspart bleiben.
167 Deshalb sollten die Traumazentren – eine entsprechende personelle Ausstattung
168 vorausgesetzt - künftig auch Kindern und Jugendlichen offenstehen.

169 Bei der künftigen Ausrichtung unserer Lerninhalte sollten wir bedenken: Bildung
170 und insbesondere Kenntnis um und Verständnis für andere Kulturen ist ein Beitrag
171 für eine zukunftsfähige und friedlichere internationale Gemeinschaft. Die
172 Lerninhalte in verschiedenen Fächern sollten daher darauf überprüft werden,
173 inwiefern damit zugleich der Unterricht interkultureller gestaltet werden kann.
174 Dies gilt insbesondere für den Religionsunterricht. Neben dem Ausbau des
175 muslimischen Religionsunterrichts mit einem klaren Curriculum sollten die
176 Lehrpläne verbindlich gemeinsame Unterrichtseinheiten des evangelischen,
177 katholischen und muslimischen Religionsunterrichts sowie des Ethikunterrichts
178 vorsehen.

179 Teilhabe ist elementar für den Zusammenhalt und das
180 Zusammengehörigkeitsgefühl einer Gesellschaft. Es ist deshalb gut, dass wir in
181 Rheinland-Pfalz die Möglichkeit für Beiräte für Migration und Integration,
182 Senioren- und Behindertenbeiräte und Jugendvertretungen in der Landkreis- und
183 Gemeindeordnung verankert haben. Um auch die Partizipation der Senioren und
184 Seniorinnen sowie der Menschen mit Behinderungen zu institutionalisieren,
185 plädieren wir für eine verpflichtende Einführung der Senioren- und
186 Behindertenbeiräte in den Landkreisen und kreisfreien Städten.

187 **Starke Städte – Garant für eine soziale Gesellschaft**

188 Dieser Antrag spiegelt nur einen Teil der Aufgaben und Herausforderungen wider,
189 vor der gerade die Städte stehen. Diese sind nur dann zu bewältigen, wenn auch
190 die finanzielle Leistungsfähigkeit gegeben ist. Mit der Einrichtung des
191 Kommunalen Entschuldungsfonds und der Änderung des
192 Landesfinanzausgleichsgesetzes sind bereits zwei wichtige Schritte gemacht
193 worden. Es bedarf jedoch unbedingt weiterer Schritte auf Bundes- und
194 Landesebene, um die Zukunftsfähigkeit der Städte zu erhalten:

195 Wir fordern, dass sich die sozialdemokratische Landesregierung auch in der
196 kommenden Legislaturperiode bei den Verhandlungen über die Bund-Länder-
197 Finanzbeziehungen dafür einsetzt, dass künftig Unterschiede bei der Finanzkraft
198 der Städte und Gemeinden stärker berücksichtigt werden.

199 Bei der in 2017 anstehenden Evaluation des Landesfinanzausgleichsgesetz und
200 der zweiten Stufe der Kommunal- und Verwaltungsreform soll eine finanzielle
201 Begradigung der auf Stadt-Umland-Beziehungen beruhenden Unwuchten in den
202 Fokus genommen werden.

203 Grundsätzlich gilt: Die Finanzausstattung der Kommunen durch Bund und Land
204 muss sich an den unterschiedlichen Bedarfen vor Ort orientieren. Die kommunale
205 Daseinsvorsorge muss gewährleistet werden. Wir verweisen an dieser Stelle
206 abschließend auf den Antrag „Kommunale Selbstverwaltung schützen –
207 kommunale Daseinsvorsorge sichern!“ des SPD Stadtverbands Ludwigshafen vom
208 November 2014.

209 **Die Ludwigshafener Sozialdemokraten und**
210 **Sozialdemokratinnen setzen sich weiter ein für ein**
211 **sozialdemokratisch regiertes Rheinland-Pfalz. Denn**
212 **nur mit einer starken Sozialdemokratie bleiben wir**
213 **solidarisches Erfolgs- und Chancenland!**